



SUMMER OF RESISTANCE

Bildung ist ein Menschenrecht

KEIN PRIVILEG!

Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln:

Vom Hauptbahnhof (Abgang vor der Haupthalle) mit der U4 Richtung Bockenheimer Warte bis zur Endhaltestelle Bockenheimer Warte. Tagsüber fahren die Züge im Fünfminutentakt.

Unterstützer:

AStA der TU Darmstadt, AStA der FH Darmstadt, AStA der EFH Darmstadt, AStA der Uni Frankfurt, AStA der HfMdK Frankfurt, AStA der FH Frankfurt, AStA der FH Gießen-Friedberg, AStA der Uni Gießen, AStA der Uni Kassel, AStA der Uni Mainz, AStA der Uni Mannheim, AStA der Uni Marburg, AStA der FH Wiesbaden, DGB-Jugend Hessen, GEW Hessen, ver.di-Jugend Hessen, StadtschülerInnenrat Frankfurt, Landesschülervertretung Hessen

Demonstration für freie Bildung

Donnerstag, 2. Juni - Frankfurt am Main

13.30 Uhr Bockenheimer Warte/ Uni-Campus Bockenheim

16.30 Uhr Abschlusskundgebung Römerberg

Vom Volk der Dichter und Denker zum Volk der funktionalen Analphabeten?

Klassenstärken mit über 30 Schülern und Schülerinnen, akuter Lehrstellenmangel, überfüllte Hörsäle in Hochschulen... Dies sind nur einige wenige Mißstände, die die katastrophalen Bedingungen im allgemeinen Bildungswesen darstellen. **Anstatt zu reagieren zieht sich die Politik immer weiter aus der Bildungsfinanzierung – aus ihrer Verantwortung – zurück.** Mit fadenscheinigen Argumenten wird für eine voranschreitende Privatisierung des Bildungswesens in Form von Studiengebühren bzw. Schulgeld plädiert.

Am 26.01.2005 hat das Bundesverfassungsgericht ein bundesweites Verbot von Studiengebühren für ungültig erklärt. Seitdem sind in Deutschland Studiengebühren Tür und Tor geöffnet. Bayern, Baden-Württemberg und Hamburg haben signalisiert, schnellstmöglich Studiengebühren einführen zu wollen. In Hessen steht dem noch ein Artikel der Landesverfassung entgegen. Allerdings wird auch hier schon geprüft, wie sich das Verbot von Studiengebühren umgehen lässt. Es ist also nur noch eine Frage der Zeit bis Roland Koch seine Gebührenpläne aus der Schublade holt.

Wir sprechen uns entschieden gegen diese Politik aus!

Mit Studiengebühren bzw. Schulgeld wird nichts verbessert. Ganz im Gegenteil: **Die soziale Selektion und eine Umverteilung von „unten nach oben“ werden noch weiter verschärft.** Langfristig werden gerade Frauen und kinderreiche Familien eklatant benachteiligt. Bei einer Rückzahlungssumme von mehreren 10 000 € als Folge von Studienkrediten wird nur das studiert, was die hohen Ausgaben des Studiums refinanziert. Weniger ökonomische Studiengänge wie z.B. Erziehungswissenschaften, Germanistik und Geographie sind vom Aussterben bedroht, die einstige Bildungsvielfalt geht verloren.

Leere Kassen sind ein Strukturproblem, kein Finanzierungsproblem!

Das Gegenargument, welches in dieser Debatte allzu gern genannt wird, sind die leeren Kassen. **Obwohl die BRD zu den wirtschaftsstärksten Ländern auf der Welt zählt,** ist sie im internationalen Vergleich eines, das am wenigsten in die Bildung investiert. **Weniger als 1% des Bruttoinlandsproduktes werden für die Bildung bereitgestellt.** Das sind knapp 14 Mrd. € an direkten Ausgaben. Schon jetzt beteiligen sich die privaten Haushalte mit der gleichen Summe an der Studienfinanzierung. Des Weiteren zeigt der OECD-Vergleich, dass **Deutschland eines der Länder mit der niedrigsten Anzahl von Studienabsolventen** ist.

Was jedoch nicht explizit gesagt wird, ist in wie weit Studiengebühren der Hochschule zu Gute kommen. Schon bei den Langzeitstudiengebühren hat es sich gezeigt, dass damit nur anderweitig erzeugte Haushaltslöcher gestopft werden.

Kahlschlag in der Bildung stoppen!

Fast jedes vierte Kind hat enorme Schwierigkeiten beim Lesen: 13% der Jugendlichen schaffen gerade mal die unterste Stufe der Lesekompetenz und können damit nur simple Informationen herausfinden oder das Hauptthema erfassen - fast zehn Prozent nicht mal das. **Trotz diesem unterdurchschnittlichen Abschneiden bei PISA und OECD greift auch an Schulen der aktuelle Sparwahn um sich.** Viele Lehrer- und Lehrerinnenstellen bleiben im Land der „Unterrichtsgarantie“ unbesetzt oder werden gestrichen; Klassengrößen werden immer weiter bis jenseits der 30 Schüler erhöht. Außerdem finden sich inzwischen immer mehr Befürworter von Plänen zur Erhebung von Schulgeld. In Thüringen ist die Landesregierung

sogar schon dabei, ein konkretes Schulgeld auf den Weg zu bringen; noch geht es dabei um geringe Beträge. Allerdings ist auch hier fraglich, wie lange diese potentiell lukrative Geldquelle ungenutzt bleibt.

Fatalismus ist keine Lösung!

Deshalb: am 2. Juni nach Frankfurt zum Demonstrieren! Gegen Bildungsabbau an Schulen und Universitäten. Für eine freie und kostenlose Bildung!

Weitere Informationen zum Thema im Web

FZS (Freier Zusammenschluß von Studierendenschaften)

<http://www.fzs-online.org/>

Aktionsbündnis gegen Studiengebühren

<http://www.abs-bund.de/>

Internetseite von Gebührenkritikern

<http://www.uebergebuehr.de/>

Analyse der PISA-Studie

<http://www.mpib-berlin.mpg.de/pisa/>

Analyse des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages

http://www.bundestag.de/bic/analysen/2004/2004_02_20.pdf